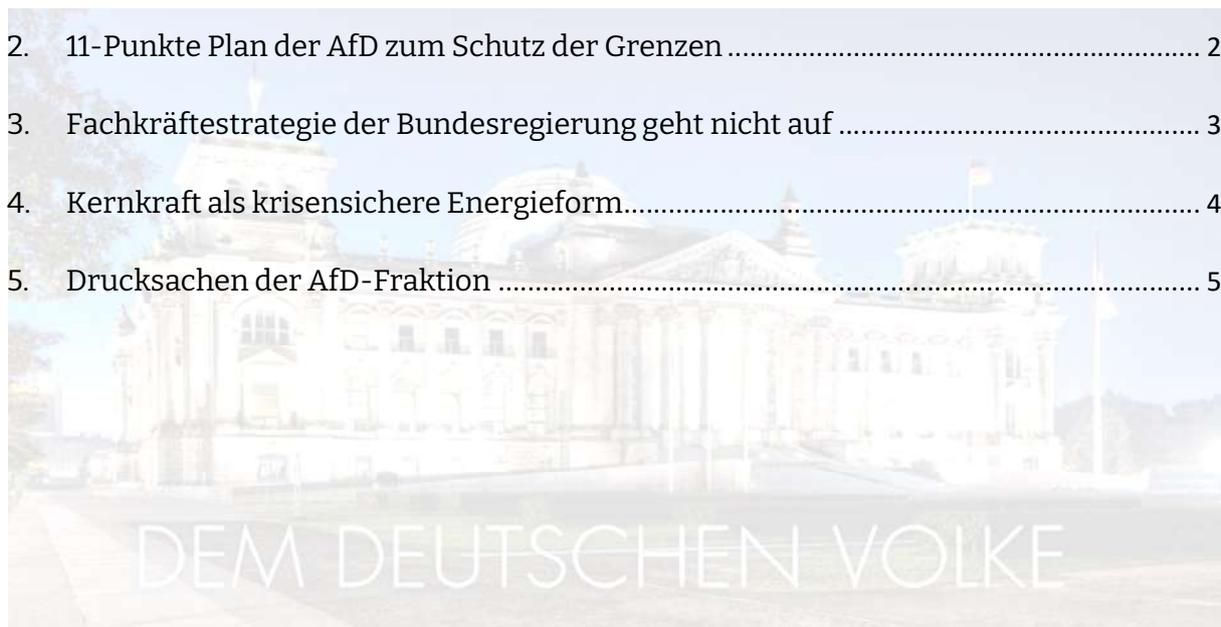




Inhalt

1. Meine Rede zum Wintersport 2
2. 11-Punkte Plan der AfD zum Schutz der Grenzen 2
3. Fachkräftestrategie der Bundesregierung geht nicht auf 3
4. Kernkraft als krisensichere Energieform..... 4
5. Drucksachen der AfD-Fraktion 5



1. Meine Rede zum Wintersport

„Pünktlich“ zum Frühling fordert die CDU/CSU in einem Antrag die Unterstützung des Wintersports. Das ist grundsätzlich gut und man muss dankbar sein, dass der Sport dadurch ins Plenum des Bundestages kommt. Gemeint ist die organisatorische und finanzielle Unterstützung jeglicher Art. So soll die Bundesregierung Handlungsstrategien entwickeln, um den Wintersport bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen.

Jörn König hat dazu einiges im Bundestag zu sagen: „Die CDU geriert sich mal wieder völlig unglaubwürdig. Als Steigbügelhalter der grünen Klimahöllenprophezeiung will man jetzt auf einmal nach 16 Jahren Regierungsverantwortung und Nichtstun den Wintersport unterstützen. Ein Schaufensterantrag wie er im Buche steht. Es gibt aber auch positive Dinge daran. Zumindest die Passagen, die von der AfD abgeschrieben wurden. Ist doch komisch, dass die CDU unseren Antrag für Olympische Winterspiele in Deutschland noch vor 5 Monaten abgelehnt hat und jetzt genau das Gleiche fordert, oder? Der Bundeskanzlernde Olaf Scholz als Schutzpatron aller zielgerichtet Vergesslichen muss die Union wohl unter seine Haube genommen haben. Liebe CDU: Stimmt doch das nächste Mal einfach gleich zu. Die Wähler wollen sowieso lieber das Original. Für alle die sich wundern, wieso die CDU jetzt mit grünen Klimaargumenten daherkommt: Es ist einfach verlockend CO², also im Grunde Atemluft, zu besteuern und das Ganze dann auch noch als was Positives zu verkaufen. Mehr Geld für den Staat und die Parteien ist schließlich immer gut. Da kann man auch schonmal seine Überzeugungen über Bord werfen.“

Hier geht's zu meiner Rede:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7553292#url=L2lZGlhdGhla292ZXIsYXk/dmlkZW9pZD03NTUzMjky&mod=mediathek>

2. 11-Punkte Plan der AfD zum Schutz der Grenzen

Aus einem vertraulichen Lagepapier deutscher Sicherheitsbehörden geht hervor, dass die Anzahl illegaler Einreisen wieder stark zugenommen hat. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex hat für 2022 knapp 330.000 illegale Grenzübertritte verzeichnet. In Deutschland sind insbesondere die Grenzen zu Tschechien und Österreich betroffen. Hier ist die Situation mit der von 2015 vergleichbar.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher einen 11-Punkte Plan in den Deutschen Bundestag zum Schutz der Grenzen vor illegaler und unregulierter Massenmigration eingebracht. Zur umgehenden Lagestabilisierung und Verhinderung weiterer illegaler Grenzübertritte nach Deutschland, sollen unter anderem sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen eingeführt werden. Zudem werden an den Grenzen sogenannte Gewahrsamszentren verlangt, um konsequent aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei unzulässigen Schutzanträgen voranzutreiben.

Die AfD fordert außerdem, dass die Bekämpfung der illegalen Migration und der Schutz der Deutschen Grenzen unmittelbar unter die Federführung des Kanzlers gestellt wird und die Bundespolizei zur Wahrnehmung der notwendigen Handlungen überhaupt erst einmal befähigt wird. Dazu werden tausende neue Stellen und ein massiver Haushaltsaufwuchs benötigt.

Jörn König erklärt: „Manchmal habe ich wirklich das Gefühl, die Bundesregierungen der letzten Jahre haben ein persönliches Interesse an einer unkontrollierten Massenmigration und damit einhergehenden Destabilisierung des Landes. Anders kann ich mir nicht erklären, warum so essenziell wichtige Handlungen wie der Schutz der eigenen Landesgrenzen mit Füßen getreten wird. Jeder, der sich auch nur 5 Minuten mit Staatsrecht beschäftigt weiß, dass das Staatsgebiet und das Staatsvolk legaldefinierte Begriffe unserer Verfassung sind. Sämtliche Zuwiderhandlungen, die diese Prinzipien angreifen, sind eindeutig verfassungsfeindlich. Wenn einem die alten Politiker jetzt erklären wollen, wie wichtig doch diese unkontrollierte Massenmigration mit unvorstellbaren Kosten für die Deutsche Gesellschaft doch ist, dann machen sie sich des Verrats am deutschen Volk schuldig. Aber heutzutage regelt man ja Verfassungsbrüche mit einem Abendessen im Kanzleramt. Willkommen in der besten Demokratie in der wir gut und gerne leben. Wir verlangen jedenfalls nach wie vor als einzige Partei im Deutschen Bundestag nach dem Schutz der Deutschen Bevölkerung vor unregulierter Massenmigration. Und das wird auch immer so bleiben.“

3. Fachkräftestrategie der Bundesregierung geht nicht auf

Die Bundesregierung hat einen neuen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung in den Bundestag eingebracht. Als Teil einer völlig verkorksten Fachkräftestrategie darf man dieser Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf gut und gerne politisches Totalversagen unterstellen.

Während unsere Innenministerin bei der Bewältigung unseres massiven Fachkräfteproblems auf qualifizierte Kräfte im Ausland schießt, verfolgt die AfD einen ganz anderen Ansatz. Deutschland muss endlich anfangen, die Bedarfe einer modernen Industrienation zu erkennen und in die richtige (Berufs-)Ausbildung der eigenen Bürger zu investieren. Stattdessen entlarvt sich die Bundesregierung und treibt die ohnehin schon völlig überbordende Migration noch weiter voran.

Jörn König dazu: „Wie schön, dass unsere Fancy Faeser Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet und das auch noch als Grund nehmen will für noch mehr Migration. Alles unter dem Vorwand, dass qualifizierte Menschen kommen. Aber das ist eine glatte Lüge. Die Zahlen sprechen absolut eindeutig gegen diese Strategie.“

Es kommen nur sehr wenig gut ausgebildeten Fachkräfte nach Deutschland. Dazu ist es hier für Leute mit Fähigkeiten einfach viel zu unattraktiv. Die höchsten Steuern weltweit, das zweitteuerste Sozialsystem und so weiter. Was bleibt sind die ungeheuren Massen an unqualifizierten Menschen, die unser Sozialsystem belasten. Diese Strategie geht einfach nicht auf. Und wenn Sie es würde, wäre es doch parasitär, anderen Ländern ihre selbst benötigten Fachkräfte abzuwerben. Das sage ich immer wieder und den alten Parteien missfällt diese ehrliche Wahrheit so sehr, dass sie einem im Bundestag für diese Aussage sogar rügen.“

4. Kernkraft als krisensichere Energieform

Am 15. April wurden die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz genommen. Gleichzeitig baut die Welt um uns herum neue Kernreaktoren. Die Atomkraft aus Nachbarländern ist für die die Regierung scheinbar sauber, wohingegen hierzulande seit letztem Jahr wieder vermehrt auf Kohlekraftwerke gesetzt wird. Als Reaktion auf die Abschaltung der Meiler haben erste Anbieter bereits ihre Strompreise für Endverbraucher erhöhen müssen.

Die AfD-Fraktion im Bundestag hat diese Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Grundlage für die Reaktivierung bzw. den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke schafft. Insbesondere ist es notwendig, dass Deutschland nicht allein von Wind- und Solarenergie abhängig wird. Diese sind nicht fähig die Grundlast im Stromnetz zu tragen. Kernenergie ist in den letzten Jahrzehnten eng mit dem deutschen Wirtschaftswachstum verknüpft gewesen, da Atomkraftwerke besonders für industrielle Abnehmer verlässliche und planbare Produktionsbedingungen schaffen.

Jörn König meint: „Die Grüne Agenda – auf ausländische Kernkraft zu setzen und im Inland lieber Kohle zu verfeuern – wird kurz- und mittelfristig zu einem Rückgang des deutschen Wohlstands führen. Nicht nur für die Automobilindustrie sind niedrigere Strompreise im Ausland attraktiver, sondern auch die chemische Industrie, welche lange eine der Stützen der deutschen Wirtschaft war, wandert langsam ab. Dieser Weg führt uns weiter in die Abhängigkeit, was aber auch Vorteile mit sich bringt: Deutschland hat somit immer weniger außenpolitische Druckmittel, um anderen Ländern seine grün-linke Philosophie aufzudrücken.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/6438 [Drucksache als PDF](#) Den Beitrag des Sports zum Gemeinwohl anerkennen – Investitionsstau bei der Sportstättenanierung auflösen
- 20/6403 [Drucksache als PDF](#) Äußerungen der Bundesregierung über Hang zum Fleiß und Rechtstreue von Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland
- 20/6424 [Drucksache als PDF](#) Sachstand zum muslimischen Leben in Deutschland
- 20/6426 [Drucksache als PDF](#) Von den obersten Bundesbehörden und denen nachgeordneten Behörden in Auftrag gegebene Studien und Gutachten – Stand 31. Dezember 2022
- 20/6427 [Drucksache als PDF](#) Kommunale Wärmeplanung als Instrument der Wärmewende
- 20/6428 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe in Hessen im Jahr 2022
- 20/6429 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe im Saarland im Jahr 2022
- 20/6430 [Drucksache als PDF](#) Beschleunigung des Wärmepumpenhochlaufs
- 20/6433 [Drucksache als PDF](#) Nicht vollstreckte Haftbefehle zum Stichtag 31. März 2023
- 20/6434 [Drucksache als PDF](#) Statistik des Bundeskriminalamtes und der 16 Landeskriminalämter über Straftaten von Asylbewerbern, Personen im Status eines abgelehnten Asylantrags oder eines unerlaubten Aufenthaltes in Deutschland, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern im Jahr 2022
- 20/6501 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin
- 20/6502 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes
- 20/6485 [Drucksache als PDF](#) Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationslagen sicherstellen
- 20/6471 [Drucksache als PDF](#) Ausmaß der Unterstützungsleistungen des Bundes für die Münchner Sicherheitskonferenz -20/6104-
- 20/6489 [Drucksache als PDF](#) Subventionierung dänischer Photovoltaikanlagen durch Deutschland

- 20/6490 [Drucksache als PDF](#) Beteiligung von Verbänden im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren
- 20/6461 [Drucksache als PDF](#) Trinkwassernotbrunnen in Thüringen, Stand: 31. Dezember 2022 -20/6307-
- 20/6462 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung und Bundesbeamten an Karnevalsveranstaltungen im Jahr 2023 (Nachfrage auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/6050) -20/6352-
- 20/6465 [Drucksache als PDF](#) Start-up-Strategie – Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Start-ups -20/6168-
- 20/6475 [Drucksache als PDF](#) Bundesweite Durchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen -20/6305-
- 20/6504 [Drucksache als PDF](#) Berücksichtigung wissenschaftlicher Studien bei der Zulassung von COVID-19- Impfstoffen -20/6339-
- 20/6533 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes
- 20/6499 [Drucksache als PDF](#) Infrastrukturelle Hinterlassenschaften des deutschen Engagements in Mali
- 20/6513 [Drucksache als PDF](#) Mitnahme von Journalisten auf Dienstreisen der Bundesregierung
- 20/6534 [Drucksache als PDF](#) Kabotage modernisieren – Einheimische Transportunternehmen vor unerlaubtem Preisdumping schützen
- 20/6535 [Drucksache als PDF](#) Stabilität für Ägypten – Deutsch-ägyptische strategische Partnerschaft stärken
- 20/6536 [Drucksache als PDF](#) Verpflichtende Einführung von Offset-Geschäften bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland
- 20/6537 [Drucksache als PDF](#) Keine Rückbaugenehmigung für die am 15. April 2023 abgeschalteten Kernkraftwerke wegen drohender Strommangellage
- 20/6538 [Drucksache als PDF](#) Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien stärken – Entwicklungsleistungen für Solar- und Windenergie streichen und ökonomisches Potential in der Energiepolitik nutzen
- 20/6539 [Drucksache als PDF](#) Die Seuchenzüge der Vogelgrippe mit einem wirksamen Impfstoff und weiteren Gegenmaßnahmen bei Wild- und Hausgeflügel in Deutschland eindämmen

- 20/6437 [Drucksache als PDF](#) COVID-19 und COVID-19-Impfungen in der Bundeswehr - 20/6148-
- 20/6380 [Drucksache als PDF](#) Fragen zum Sinken des Güterschiffes „Achim“ in einer Donauschleuse und zur Havarie am Eisernen Steg -20/6153-
- 20/6381 [Drucksache als PDF](#) Verbot von Freizeitfischerei auf den Europäischen Aal im Meer und Brackwasser in Deutschland -20/5975-
- 20/6382 [Drucksache als PDF](#) Sitzung des UN-Sicherheitsrats zu den Anschlägen auf Nord Stream -20/6162-
- 20/6383 [Drucksache als PDF](#) Förderung des Kompetenz- und Koordinierungszentrums Polnisch durch die Bundesregierung -20/6111-
- 20/6384 [Drucksache als PDF](#) Staatliche Chargenprüfung durch das Paul-Ehrlich-Institut beim Impfstoff Comirnaty -20/6136-
- 20/6385 [Drucksache als PDF](#) Umsetzung des Projekts der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Schwerpunktprogramm Demokratie, Kommunalentwicklung und Rechtsstaat; Komponente Kommunalentwicklung im Kaukasus -20/5969-
- 20/6386 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Altersarmut und Armutsgefährdung im europäischen Vergleich -20/6064-
- 20/6395 [Drucksache als PDF](#) Keimbahneingriffe am Menschen -20/6257-
- 20/6460 [Drucksache als PDF](#) Anhaltende Ungewissheit über die Aufnahme und die Frühphase der Ermittlungen der Anschläge auf die Nord-Stream-Leitungen -20/6083-
- 20/6469 [Drucksache als PDF](#) Antifa-Gewalt in Budapest und mögliche Verbindungen zu L. E. -20/6286-
- 20/6474 [Drucksache als PDF](#) Durch die Bundespolizei in Thüringen aufgegriffene, sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen von Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2022 - 20/6299-
- 20/6476 [Drucksache als PDF](#) Strafanzeigen gegen aktuelle und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung -20/6298-
- 20/6477 [Drucksache als PDF](#) Vermeidung von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung -20/6296-
- 20/6505 [Drucksache als PDF](#) Reiseausweise für Flüchtlinge – Stand: 31. Dezember 2022 - 20/6337-
- 20/6508 [Drucksache als PDF](#) Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten für die Bundespolizei -20/6340-